



Workshop „Grundlagen Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik“

Im Rahmen des Dresdner Bundeskongresses der Europa-Union Deutschland befasste sich ein gut frequentierter Workshop mit einer Bestandsaufnahme zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie den Voraussetzungen einer von Seiten der Europäischen Föderalisten seit Jahren geforderten Europäischen Armee.

In das Thema führten der Heilbronner EUD-Kreisvorsitzender Heinrich Kümmerle, Oberstleutnant a.D., sowie das JEF-Bundesvorstandsmitglied Christian Gonder ein. Die Moderation übernahm das Präsidiumsmitglied Harm Adam.

Der Heilbronner Sicherheitsexperte Heinrich Kümmerle vermittelte den Zuhörern einen umfassenden historischen Überblick über die Entwicklung des Verständnisses der (modernen) Kriegsführung. Dabei setzte er bei dem chinesischen Autor Sunzi, in dessen Werk „Die Kunst des Krieges“ der „vernetzte Krieg“ beschrieben wird, an und leitete über Carl von Clausewitz’ „Vom Kriege“ zur im Internet frei zugänglichen Comprehensive-Operations Planning Directive der NATO über. Nach modernem Verständnis ist Sicherheitspolitik nicht mehr nur das Konzept staatlicher Maßnahmen zur Abwehr konventioneller militärischer Bedrohungen, die von außerhalb des eigenen Staatsgebietes kommen. Als globale Risiken werden heute u.a. der Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Staatenzerfall und die organisierte Kriminalität, aber auch die Umweltzerstörung und der Klimawandel sowie Flüchtlingsströme gesehen.

Christan Gonder sah die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union in den zurückliegenden zehn Jahren kritisch. Das Konzept eines Ringes stabiler Staaten um die EU herum sei insbesondere bei den Mittelmeeranrainern, aber auch mit Blick auf die osteuropäischen Nachbarn, gescheitert. Die Europäische Union leide noch immer unter dem strukturellen Problem einer wenig koordinierten Führung, wobei auch der durch den Vertrag von Lissabon installierte Hohe Vertreter, der sowohl dem Europäischen Rat als auch der EU-Kommission zugeordnet sei, nichts ändere. Viel zu selten sei die Europäische Union bei ihren Initiativen erfolgreich. Als positive Beispiele nannte Gonder das Vertragswerk mit dem Iran zur Unterbindung der Entwicklung von Atomwaffen sowie die Operation Atalanta am Horn von Afrika.

Als gemeinsames Ziel fordern die Europäischen Föderalisten eine Vergemeinschaftung ihrer Streitkräfte. Eine Europäische Armee nach diesem Verständnis hat zur Voraussetzung den Europäischen Bundesstaat, einheitliche sicherheitspolitische Vorstellungen und Interessen, einen einheitlichen politischen und rechtlichen Überbau sowie gemeinsames Personal und Ressourcen, auch eine vergemeinschaftete Rüstungsindustrie.

Einig waren sich die Teilnehmer des Workshops, dass die Zielvorstellung einer Europäischen Armee nach dem vorstehend beschriebenen Verständnis auch mittelfristig noch keine Perspektive habe. Bi- und multilaterale Einheiten unter dem Dach der NATO sind hierzu allerdings ein erster Schritt. Das Instrument der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) ist ausbaufähig und bedarf zu ihrer Vertiefung lediglich einer qualifizierten Mehrheit des Europäischen Rates. Die Rolle der Europäischen Verteidigungsagentur ist auszubauen, um nationale Egoismen bei der Fortentwicklung der Rüstungsindustrie, nicht zuletzt im Zeitalter des Übergangs von der maschinengestützten zur roboterisierten Kriegsführung zurückzudrängen.

In ihrem Entwurf eines Berichts über die Verbesserung der Funktionsweise der Europäischen Union durch Ausschöpfung des Potenzials des Vertrags von Lissabon haben die Berichterstatter Mercedes Bresso und Elmar Brook die schrittweise Einführung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik mit dem Zwischenschritt der Etablierung einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit auf der Grundlage von Art. 46 EUV vorgeschlagen.